



---

# Breitgeschichtete Massenkaufkraft

---

Oder: Was heißt hier Mittelschicht?

---

Karlsruher Institut für Wirtschaftsforschung

---

---

Karlsruher Institut für  
Wirtschaftsforschung – KIWIFO

Nowackanlage 2, D-76137 Karlsruhe

Tel.: +49(721)920303-0

Der Inhalt dieser Schrift darf beliebig in unveränderter Weise und unter Angabe der Quelle vervielfältigt und verbreitet werden.

# Breitgeschichtete Massenkaufkraft

*Oder: Was heißt hier Mittelschicht?*

## Inhalt

1. Einführung .....	2
2. Kaufkraft .....	3
3. Die Kaufkraft des Einzelnen .....	4
3.1. Beispiel Anton M. ....	4
3.2. Durchschnittlicher Geldbesitz = durchschnittliche Kaufkraft von Anton M.. .....	4
3.3. Kaufkraft ist nicht gleich "mögliche Kaufkraft" .....	5
3.4. Weitere Abgrenzungen .....	5
3.4.1. Verdient oder geliehen? .....	5
3.4.2. Verplant oder nicht verplant? .....	5
3.4.3. Für eigene oder fremde Rechnung .....	5
3.4.4. Unmittelbares oder mittelbares Eigentum .....	6
4. Breitgeschichtete Massenkaufkraft .....	6
4.1. Der Hilfs-Maßstab der gleichmäßigen Geldverteilung .....	6
4.1.1. Geld im rechtlichen und im wirtschaftlichen Sinne .....	7
4.1.2. Geldmenge pro Kopf oder pro Haushalt? .....	8
4.1.3. Der Geldbesitz der öffentlichen Hand .....	8
4.1.4. Muss zwischen privatem Geld und Geld in den Unternehmen unterschieden werden? .....	9
4.2. Die aktuellen Geldmengen und die aktuelle Kaufkraft pro Einwohner und pro Haushalt .....	10
4.3. Breitgeschichtete Massenkaufkraft .....	10
4.3.1. Einzelne Dimensionen .....	10
4.3.2. Ein demokratisches Gebot .....	11
4.3.3. Historischer Rückblick .....	11
4.4. Besitzt Anton M. eine mittlere Kaufkraft? .....	13
4.5. Geldbesitz der öffentlichen Hand .....	15

4.6. Geld verbrennt nicht, wenn es ausgegeben wird! .....	15
5. Warum das Einkommen zu falschen Schlüssen über die Kaufkraft führt .....	15
6. Resümee.....	21

## 1. Einführung

Ludwig Erhard schrieb 1957 zu Beginn seines Buchs "Wohlstand für Alle", dass er als sein wichtigstes politisches Ziel **die alte Gesellschaftsstruktur von Arm und Reich beseitigen** und eine Gesellschaft mit **"breitgeschichteter Massenkaukraft"** erreichen will. Hier seine bemerkenswerten Ausführungen:

*"... So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, daß ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag. Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaukraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden.*



*Ludwig Erhard*

*Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung musste also die Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch endlich das Ressentiment zwischen 'arm' und 'reich' überwunden werden konnten. Ich habe keinerlei Anlaß, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie bestimmt heute wie damals mein Denken und Handeln."*

Dass die Kluft zwischen Arm und Reich seit damals nicht verschwunden ist, ist keine Frage. Die Kluft ist seit damals sogar erheblich größer geworden. Dies soll im Folgenden aber nicht weiter thematisiert werden. Hier soll das Thema "breitgeschichtete Massenkaukraft" näher vertieft werden.

Eine von mehreren Besonderheiten des Zitats von Ludwig Erhard ist die Tatsache, dass er nicht von den Einkommen der Bürger, sondern von deren Kaufkraft spricht. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man schnell auf die Idee kom-

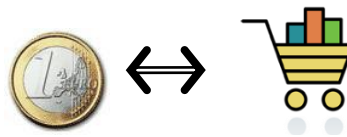
men, dass dies doch ein und dasselbe sei. Doch dem ist nicht so. Das eine hängt zwar mit dem anderen zusammen. Aber es gibt feine, jedoch sehr gewichtige Unterschiede, insbesondere wenn man versucht, statistische Daten zu ermitteln. Dies möchten wir nach und nach bei den folgenden Ausführungen mit einfließen lassen. Wir beginnen mit:

## 2. Kaufkraft

Bei dem Begriff "Kaufkraft" muss man unterscheiden zwischen

der Kaufkraft von Geld  und  
  
 der Kaufkraft von Menschen .

Kaufkraft von Geld zielt auf die Frage, wie viele Güter man mit einer bestimmten Menge Geld bezahlen kann (relative Kaufkraft):



Kaufkraft von Menschen behandelt dagegen die Frage, wie viel Geld ein Mensch besitzt und – nur indirekt – wie viel er sich leisten kann (absolute Kaufkraft):



Über Letzteres gehen Volkswirte gerne hinweg mit dem Hinweis, dass schließlich die Kaufkraft des Geldes darüber entscheidet, wie viel sich jemand mit seinem Geld leisten kann. Das ist natürlich nicht zu bestreiten. Aber ebenso wenig zu bestreiten ist, dass die Kaufkraft im ersten Schritt mit dem Besitz der Geldmenge wächst oder fällt. Jemand mit 100 € Geldbesitz hat weniger Kaufkraft als jemand mit 100 Mio. €, egal wie das Preisniveau sich gerade darstellt. Letztlich fragt die Kaufkraft von Menschen danach, wie viel der eine sich im Vergleich zu den anderen leisten kann. Mit dieser Überlegung wollen wir die Kaufkraft des Geldes als gegeben ansehen und uns einfach auf den Besitz des Geldes konzentrieren.

### 3. Die Kaufkraft des Einzelnen

Da wir die Kaufkraft des Menschen mit dessen Geldbesitz gleichsetzen, verändert diese sich natürlich mit jeder Einnahme und jeder Ausgabe, die dieser vornimmt.

#### 3.1. Beispiel Anton M.

In dem folgenden Beispiel sehen wir den Angestellten Anton M. Er lebt in seiner Wohnung alleine und verdient 1400 € netto monatlich (ca. 2100 € brutto). Sein Gehalt bekommt er am Monatsende ausbezahlt. Ende März 2010, unmittelbar vor Eingang seines Gehalts war sein Girokonto ausgeglichen, also auf null, sein Portemonnaie leer. Im folgenden Monat April hatte Anton bis zum Eingang seines nächsten Gehalts die nebenstehenden Ausgaben.

Am Monatsende blieben ihm 39 € übrig. Sein Geldbesitz – bestehend aus Bargeld und Girokontoguthaben – stellt sich in diesem Monat folglich so dar:

Ausgaben von Anton M.		
Am	Betrag	Verwendung
03.	520 €	Miete
07.	166 €	Lebensmittel
10.	195 €	Kleidung
15.	82 €	Versicherung
16.	79 €	Strom, Wasser
18.	69 €	Geschenke
20.	78 €	Benzin
21.	51 €	Lebensmittel
26.	35 €	Restaurant
28.	40 €	Lebensmittel
29.	46 €	Lampe

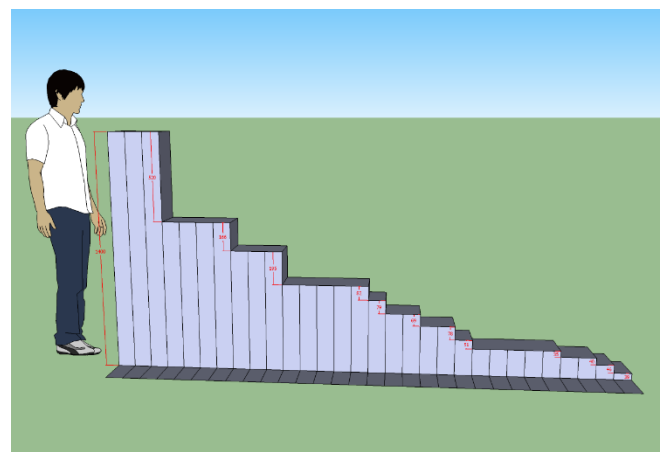


Abbildung 1

#### 3.2. Durchschnittlicher Geldbesitz = durchschnittliche Kaufkraft von Anton M.

Welchen (durchschnittlichen) Geldbesitz hatte Anton M. in diesem einen Monat? Rechnen wir – wie in der Grafik – der Einfachheit halber mit dem jeweiligen Geldbestand am Tagesende und zählen wir diese Tagesendbestände zusammen, dann kommen wir auf die Summe von 14.212 €. Die teilen wir durch die 30 Tage dieses Monats, sodass wir auf einen durchschnittlichen Geldbesitz von 473,73 € kommen:

$$14.212 \text{ €} / 30 = 473,73 \text{ €}^1$$

Sie sehen hier am Beispiel von Anton M. bereits einen gewichtigen Unterschied zwischen "Einkommen" und "Kaufkraft". Sein Nettoeinkommen liegt im April

2010 bei 1400 €, seine durchschnittliche Kaufkraft jedoch nur bei 473,73 €. Interessant wird sein, ob Anton M. damit auch an der breitgeschichteten Massenkaufkraft teilhat.

### 3.3. Kaufkraft ist nicht gleich "mögliche Kaufkraft"

Man könnte nun einwenden, dass die Kaufkraft von Anton M. doch viel höher sei, weil er beispielsweise Vermögen besitzt (etwa ein Aktienpaket), das er leicht zu Geld machen könnte. Wir könnten auch argumentieren, dass Anton jederzeit auf seinen Dispositionskredit von 3000 € zugreifen könnte, er also die ganze Zeit – freilich bei gleichzeitiger Verschuldung! – weitere 3000 € ausgeben könnte. Dann würden wir allerdings nichts an den tatsächlichen Verhältnissen ändern, Anton M. also nicht reicher oder ärmer machen, als er tatsächlich ist, sondern wir würden lediglich den Begriff von Kaufkraft verändern. Wir würden den Begriff Kaufkraft um Elemente wie Kreditwürdigkeit und liquides Vermögen erweitern, den tatsächlichen und aktuellen Geldbesitz aber keineswegs vergrößern.

Lassen Sie uns daher dabei bleiben, die Kaufkraft der Bürger mit deren aktuellem oder durchschnittlichem Geldbesitz gleichzusetzen.

### 3.4. Weitere Abgrenzungen

#### 3.4.1. Verdient oder geliehen?

Bei der Einnahme von Geld brauchen wir für unsere Zwecke nicht zu unterscheiden, ob das Geld "verdient" war oder nur – als Darlehen – geliehen. Denn in beiden Fällen ist der Betreffende der Eigentümer des Geldes (beziehungsweise Inhaber des Bankguthabens) geworden, sodass er frei über das Geld verfügen darf. Ob mit dem Gelderwerb noch irgendwelche Verpflichtungen verbunden sind (beim Darlehen die Rückzahlungspflicht, beim eingekauften Kaufpreis vielleicht noch die Pflicht zur Lieferung der Ware oder beim Arbeitslohn die Pflicht, noch eine Arbeit zu erbringen), spielt für unsere Betrachtung keine Rolle.

Allerdings werden wir insoweit bei den Ausgaben einen Unterschied feststellen. Denn ein Darlehen – erst recht ein verzinsliches – nimmt jemand normalerweise nur dann auf, wenn er das Geld für eine unmittelbar bevorstehende Zahlung braucht. Der Geldbesitz steigt also nur kurz (für Tage, Stunden oder Sekunden) und sinkt dann gleich wieder auf etwa das Niveau von vorher ab. Dagegen bleibt das "verdiente" Geld oft längere Zeit im Bestand des Eigentümers liegen (bei Anton M. blieben 39 € einen Monat oder länger in seinem Besitz).

#### 3.4.2. Verplant oder nicht verplant?

Wir brauchen auch nicht zwischen Geld zu unterscheiden, das bereits verplant ist, und solchem, für das wir noch keine Verwendung gefunden haben. Auch verplantes Geld gehört bis zum Schluss dem jeweiligen Eigentümer, sogar dann, wenn er bereits rechtlich zur Bezahlung gezwungen ist. Und er kann bis zum Schluss über das Geld noch anders als geplant verfügen.

#### 3.4.3. Für eigene oder fremde Rechnung

Wohl aber müssen wir unterscheiden zwischen Geld, das wir für uns selbst einnehmen, und solchem, das wir für andere einnehmen. Eine angestellte Kassiererin in einem Laden nimmt zwar an der Kasse jede Menge Geld der Kunden ein, sie wird aber nicht dessen Eigentümerin. Das Geld wird Eigentum des Ladeninhabers. Im Folgenden wollen wir also nur das Geld berücksichtigen, das auch ins Eigentum des Betreffenden übergegangen ist.

### 3.4.4. Unmittelbares oder mittelbares Eigentum

Umgekehrt gehen wir beim Eigentümer des Geldes noch einen Schritt weiter. Da unsere Rechtsordnung die juristischen Personen (Aktiengesellschaften, GmbH usw.) kennt (konstituiert hat) und diese daher selbst Eigentümer von Geld sein können und da wir aber nicht den "Wohlstand für alle juristischen Personen", sondern den "Wohlstand für alle Menschen" (= natürliche Personen) untersuchen wollen, rechnen wir das Geld von juristischen Personen (anteilmäßig) den jeweiligen (in einer Eigentumskette: den letzten) Eigentümern zu, die natürliche Personen sind. Wir rechnen also das Geld im Betriebsvermögen einer Aktiengesellschaft zum Geldbesitz des Aktionärs. Denn letztlich hat auch der Unternehmenseigentümer nicht nur das Eigentum am Unternehmen, sondern auch die letzte Verfügungsmacht über das Geld darin. Er kann jederzeit Geld aus dem Unternehmen entnehmen und er kann die Geschäftsführung anweisen, was mit dem Geld zu geschehen hat. Wir werden diesen Gedanken unten noch vertiefen.

## 4. Breitgeschichtete Massenkaukraft

Breitgeschichtete Massenkaukraft bedeutet also wie bei dem Begriff "Kaukraft" – unjuristisch gesprochen – der Besitz von Geld. Wenn wir so dem Gedanken von Ludwig Erhard zur breitgeschichteten Massenkaukraft folgen, können wir mit Fug und Recht behaupten, dass **breitgeschichtete Massenkaukraft nichts anderes ist als die möglichst breite Verteilung des im Land vorhandenen Geldes**. Verteilung meint hierbei nicht den Akt des Verteilens wie etwa beim Verteilen von Almosen, sondern die schlichte Tatsache des Verteilt-Seins, etwa so, wie sich eine bestimmte Menge Sand über den Boden verteilt.

Es ist klar, dass dies erst einmal nur die Betrachtung eines (statischen) Soll- beziehungsweise Istzustandes zu einem beliebigen Zeitpunkt ist. Zu einer Betrachtung der Dynamik des Geldbesitzes kommen wir später.

Wie aber können wir feststellen, ob im Land eine breitgeschichtete Massenkaukraft oder eine möglichst breite Verteilung des existierenden Geldes herrscht oder nicht? Hat Anton M. mit durchschnittlich 473,73 € teil an einer breitgeschichteten Massenkaukraft?

Diese Frage erfordert einen Vergleich zwischen Soll und Ist. Das Soll, die breitgeschichtete Massenkaukraft, ist eine möglichst breite Verteilung des existierenden Geldes. Eine möglichst breite Verteilung ist eine Frage des Mehr oder Weniger und keine, die einen klar definierten Grenzwert hätte. Dabei eine absolut gleiche Verteilung zu fordern, wäre realitätsfern und politisch auch wenig wünschenswert. Deshalb fordern wir keine völlige Gleichverteilung des Geldes. Dennoch vereinfacht es die Beurteilung der tatsächlichen Lage ungemein, wenn wir die völlig gleiche Verteilung des Geldes zur Orientierung oder zum Hilfs-Maßstab nehmen; Abstriche hier und da können wir dann immer noch machen.

### 4.1. Der Hilfs-Maßstab der gleichmäßigen Geldverteilung

Eine in Euro und Cent ausgedrückt total gleiche Kaukraft der Menschen beziehungsweise die absolut gleiche Verteilung des Geldes bedeutet, dass jeder Mensch eines Landes dieselbe Menge Geld besitzt. Man müsste also nur ermit-



teln, wie viel Geld aktuell im Land existiert. Dann würde man diese Geldmenge einfach rechnerisch durch die Zahl der Einwohner teilen.

Spätestens jetzt, wo wir nach der Geldmenge in Deutschland fragen, müssen wir klären, was Geld überhaupt genau ist beziehungsweise was zum "Geld" zählt und was nicht.

#### 4.1.1. Geld im rechtlichen und im wirtschaftlichen Sinne

Wenn man über Geld nachdenkt, stellt man schnell fest, dass der Begriff des Geldes keineswegs eindeutig ist. Geradezu banal ist es freilich, dass die Euro-Banknoten, die die Europäische Zentralbank herausgibt, und die Euro-Münzen, die in Deutschland die Bundesregierung ausgibt, Geld sind und dass ab und zu Falschgeld<sup>2</sup> hergestellt wird und dass die Scheine und Münzen bestenfalls so aussehen wie die echten, sie aber eben kein Geld sind. Die (echten) Euro-Banknoten und Euro-Münzen, also das Bargeld, sind übrigens Geld im rechtlichen Sinne.

Was Geld im rechtlichen Sinne ist, ist allerdings gar nicht so eindeutig, wie man vielleicht meinen möchte. Hier ist unter den Juristen (Gerichte eingeschlossen) manches unklar und umstritten. Einerseits wird zwar in keinem (deutschen) Gesetz explizit erklärt, was Geld eigentlich ist. Andererseits meinen zahlreiche Gesetze, wenn es ums Bezahlen geht, jedenfalls stets das Bargeld, es sei denn, es ist ausdrücklich einmal von etwas anderem die Rede (zum Beispiel "elektronisches Geld" oder "Überweisung"). So wird in dem zentralen Gesetz des bürgerlichen Miteinanders, dem Bürgerlichen Gesetzbuch,<sup>3</sup> der Begriff des Geldes einfach als gegeben vorausgesetzt. Wenn dort von Bezahlen (oder "zu zahlen") die Rede ist, dann ist freilich die Übereignung (§§ 929 ff. BGB!) von Geld im rechtlichen Sinne gemeint. "Im rechtlichen Sinn" bedeutet, dass jemand eine Zahlungsschuld stets dadurch erfüllen kann (§§ 362 ff. BGB), dass er seinem Gläubiger die entsprechende Menge an Bargeld, also an Banknoten und/oder Münzen übereignet. Im Laufe der Zeit und im Zuge der veränderten Praxis des Bezahls ist mehr und mehr die Banküberweisung als Zahlungsmittel rechtlich anerkannt worden – erst durch die Gerichte, später dann auch durch den Gesetzgeber.<sup>4</sup> Hier wird der Überweisung, also rechtlich der Abtretung von Forderungen aus einem Girokontovertrag gegen ein Kreditinstitut auf Auszahlung von Bargeld, mehr und mehr die Qualität von "Bezahlen" und dem Kontoguthaben bei einem Kreditinstitut mehr und mehr die rechtliche (!) Qualität von Geld eingeräumt.

Im wirtschaftlichen Sinne werden Guthaben bei Kreditinstituten schon lange als Geld, also als Bankgeld oder Giralgeld, angesehen. Bei betriebs- und volkswirtschaftlicher Betrachtung kommt es weniger auf juristische Feinheiten als vielmehr auf die wirtschaftliche Praxis des Bezahls von Gütern an. Dies gilt auch für die Sichtweise der staatlichen Zentralbank. Gemäß deren gesetzlichem Auftrag, in der Volkswirtschaft für Preisstabilität zu sorgen, muss diese wirtschaftlich denken. Daher stellt sie permanent die Geldmengen fest und versucht, diese so zu steuern, dass weder Deflation noch erhebliche Inflation entstehen. So hat die Deutsche Bundesbank schon früh drei verschiedene Geldbegriffe beziehungsweise Geldmengenbegriffe definiert. Zur Geldmenge erklärt uns die Deutsche Bundesbank:<sup>5</sup>

*"Bestand an Geld in Händen inländischer Nichtbanken. Wegen der Unschärfe des Geldbegriffs gibt es verschiedene statistische Abgrenzungen der Geldmenge. Das Eurosystem unterscheidet die folgenden Geldmengenbegriffe:*

*M 1 = Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Monetären Finanzinstitute*

(MFIs)) plus täglich fällige Einlagen der im Währungsgebiet ansässigen Nicht--MFIs.

*M 2 = M 1 plus Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu drei Monaten.*

*M 3 = M 2 plus Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlichkeiten, Geldmarktpapieren und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren."*

M1 ist die Geldmenge, die unmittelbar für Zahlungsvorgänge verwendet wird. Bei den Geldmengen M2 und M3 sind gewisse "Sparbeträge" enthalten, die gewöhnlich erst nach einem bestimmten Zeitablauf und nach Umwandlung in ein Element der Geldmenge M1 (zum Beispiel Auszahlung von einem Sparbuch) für den Zahlungsverkehr zur Verfügung stehen. Die volkswirtschaftlich größte Bedeutung, also die größte Bedeutung für den Gütertausch, hat demnach die Geldmenge M1 einschließlich des umlaufenden Bargelds.

Bevor wir aus der Geldmenge M1 oder aus den anderen Geldmengen rechnerisch Mittelwerte bilden, um uns ein Bild von dem Soll der breitgeschichteten Massenkaukraft zu machen, müssen wir noch ein paar Fragen klären.

#### **4.1.2. Geldmenge pro Kopf oder pro Haushalt?**

Wenn man die Geldmenge durch die Zahl der Einwohner des Landes teilt, muss man sich im Klaren darüber sein, dass hierbei auch Säuglinge und Kinder enthalten sind, was aus wirtschaftlicher beziehungsweise volkswirtschaftlicher Sicht nicht besonders sinnvoll ist, da diese am Geschäftsleben nicht selbst teilnehmen. Stattdessen könnte man auch die Geldmenge durch die Zahl der Haushalte in dem betreffenden Land teilen. Das Manko hierbei ist, dass man einem einköpfigen Haushalt dieselbe Geldmenge "zugesteht" wie beispielsweise einem sechsköpfigen Haushalt. Das richtige Maß wird indes irgendwo zwischen der Berechnung nach Köpfen und der Berechnung nach Haushalten liegen.

#### **4.1.3. Der Geldbesitz der öffentlichen Hand**

Ein anderes Problem, das es zu berücksichtigen gilt, ist, dass Geld sich nicht nur in den Händen der Bürger befinden kann, sondern auch in den Händen von Staat und Kommunen sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Geld im Besitz der öffentlichen Hand ist freilich nicht im Besitz der Bürger. Die Menge des Geldes im Besitz der öffentlichen Hand ist folglich streng genommen herauszurechnen, wenn wir nach breitgeschichteter Massenkaukraft im Sinne von Ludwig Erhard fragen. Dabei können wir schon vorab vermuten, dass dieser Betrag nicht sehr hoch sein wird, da bekanntlich die öffentliche Hand sich seit Jahrzehnten immer weiter verschuldet, dass sie das Geld also schneller ausgibt, als sie es einnimmt, und dass sie es sich daher kaum leisten wird, nennenswert hohe Geldbeträge zu halten. 2005 veröffentlichte das Statistische Bundesamt hierüber erstmals Daten.

Ende 2005 betrug der Geldbesitz in öffentlicher Hand ca. 58 Mrd. €, Ende 2007 ca. 57 Mrd. € und Ende 2008 ca. 73 Mrd. €<sup>6</sup>. 2005 waren das also etwa 1482 € pro Haushalt oder 704 € pro Einwohner. Diese Beträge sind – wie wir noch sehen werden – verhältnismäßig gering, sodass wir sie zwar nicht vergessen, aber im Folgenden nicht weiter beachten werden.

#### 4.1.4. Muss zwischen privatem Geld und Geld in den Unternehmen unterschieden werden?

Vom Betrag her wesentlich höher als der Geldbesitz der öffentlichen Hand ist der Geldbesitz der privaten Unternehmen. Aus betriebswirtschaftlicher wie auch aus steuerrechtlicher Sicht wird streng zwischen dem privaten Vermögen und dem Betriebsvermögen unterschieden. Daher stellt sich für uns die Frage, ob wir hier ebenfalls zwischen privatem Geld und Geld in den Unternehmen unterscheiden müssen.

Die Unterscheidung ist mit Blick auf betriebswirtschaftliche Fragen oder steuerrechtliche Gesichtspunkte ohne Frage sinnvoll und notwendig. Volkswirtschaftlich gesehen ist diese Unterscheidung jedoch nicht zwingend und für unseren Zweck, die "breitgeschichtete Massenkaufkraft" zu ergründen, sogar hinderlich.

Volkswirtschaftlich gesehen gibt es Unternehmen, die Leistungen für den privaten Konsum anbieten, und andere Unternehmen, die Güter ("Investitionsgüter" ebenso wie Verbrauchsgüter) für andere Unternehmen bereithalten (zum Beispiel Werkzeugmaschinen und Roboter für die Autoindustrie). Es gibt auch zahlreiche Unternehmer, die Güter sowohl für den privaten als auch für den unternehmerischen Bereich bereitstellen (beispielsweise können Handtücher ebenso im privaten Haushalt nachgefragt werden wie auch im unternehmerischen Hotelbereich). Aus volkswirtschaftlicher Sicht hat der Anbieter von Gütern des privaten Konsums ebenso seine Berechtigung wie der von Gütern für den Unternehmensbereich. Zu meinen, der eine sei dem anderen zu bevorzugen, kommt einer planwirtschaftlichen Denkweise gleich. Aus diesen Gründen ist es sowohl willkürlich als auch praktisch undurchführbar, die im Land vorhandene Geldmenge – nach Abzug der im Besitz der öffentlichen Hand vorhandenen Geldmenge – in einen Bereich des privaten und einen des unternehmerischen zu unterscheiden.

Aber auch aus dem oben bereits erwähnten Grund ist die Unterscheidung zwischen privatem und betrieblichem Geld für unsere Überlegungen überflüssig. Keine private juristische Person (kein Unternehmen dieser Art) existiert aus sich heraus. Sämtliche juristische Personen sind letztlich Eigentum oder stehen in eigentumsähnlicher Verknüpfung mit einer natürlichen oder mehreren natürlichen Personen. Eine Aktiengesellschaft gehört eigentumsrechtlich einem oder einer Vielzahl von Aktionären. Bei einer GmbH oder anderen Gesellschaften ist dies gleich oder ähnlich. All diesen gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen ist gemein, dass das Verfügungsrecht in letzter Instanz, also die Entscheidungsmacht über das Geld des Unternehmens, dem oder den Eigentümer/n zusteht. Der Eigentümer kann frei darüber entscheiden, ob er einen im Unternehmen vorhandenen Geldbetrag aus dem Unternehmen in seine private Kasse entnimmt oder nicht. Umgekehrt kann er jederzeit Geld, das er gerade auf dem privaten Konto liegen hat, an das Geschäftskonto seines Unternehmens überweisen. Je nachdem kann er das Geld dann für private oder für unternehmerische Zwecke verwenden. Die Summe "seines" Geldes und seiner (!) Kaufkraft bleibt in beiden Fällen gleich. Und selbst bei einer Aktiengesellschaft, bei der bekanntlich ein Vorstand rechtlich über die Verwendung des Geldes im Unternehmen entscheidet, hat in letzter Instanz doch der Aktionär die Verfügungsmacht über das Geld (freilich nicht der Minderheitsaktionär gegen die Stimme des Mehrheitsaktionärs). Der Aktionär hat sogar die Macht, den Vorstand zu entlassen und einen anderen einzusetzen.

Unternehmen sind kein Selbstzweck. Der letzte Grund für Unternehmen ist die Versorgung der Menschen mit Gütern aller Art und nebenbei die Beschaffung von Geld (Lohn für die Arbeitnehmer, Dividende für die Aktionäre usw.). Ein Unternehmer betreibt sein Unternehmen in erster Linie, um damit Geld zu verdienen.

Schließlich müssen wir sehen, dass eine Unterscheidung zwischen "privatem Geld" und Geld in den Unternehmen eine schier unlösbare Aufgabe wäre! Es ist schlicht unmöglich zu ermitteln, wie viel Geld sich gerade in privaten Haushalten und in Unternehmen befindet.

Aus all diesen Gründen unterscheiden wir im Folgenden nicht zwischen "privatem Geld" und Geld in den Unternehmen, sondern wir rechnen das Geld in den Unternehmen zur Kaufkraft des jeweiligen Eigentümers des Unternehmens. Ist das kein Alleineigentümer, dann wird ihm das Geld im Unternehmen natürlich nur entsprechend seines Eigentumsanteils zugerechnet. Ist der Unternehmenseigentümer wieder nur eine juristische Person, dann wird das Geld im ersten Schritt dieser zugerechnet und im nächsten Schritt wiederum ihrem Eigentümer – so lange, bis wir auf eine natürliche Person gestoßen sind.

## 4.2. Die aktuellen Geldmengen und die aktuelle Kaufkraft pro Einwohner und pro Haushalt

Nach den jüngsten Angaben der Deutschen Bundesbank betrug die Menge des umlaufenden Bargeldes in Deutschland im April 2010 ca. 192,053 Mrd. €<sup>7</sup> und die Summe der Sichteinlagen 1072,536 Mrd. €<sup>8</sup>, woraus sich eine Geldmenge M1 von 1264,589 Mrd. € ergibt.

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder meldeten zuletzt für Ende 2008 eine Einwohnerzahl in Deutschland von 82.002.356.<sup>9</sup> Die Zahl der Haushalte beträgt aktuell 40.076.000.<sup>10</sup>

Daraus ergibt sich eine mittlere Geldmenge im Sinne von M1 von:<sup>11</sup>

- $1264,589 \text{ Mrd. €} / 82.002.356 \text{ Einwohner} = 15.421 \text{ €/Einwohner}$
- $1264,589 \text{ Mrd. €} / 40.076.000 \text{ Haushalte} = 31.555 \text{ €/Haushalt}$

Wenn wir dagegen mit der Geldmenge M2 rechnen, ergeben sich diese Mittelwerte:

- $2073,610 \text{ Mrd. €} / 82.002.356 \text{ Einwohner} = 25.287 \text{ €/Einwohner}$
- $2073,610 \text{ Mrd. €} / 40.076.000 \text{ Haushalte} = 51.742 \text{ €/Haushalt}$

Aus der Geldmenge M3 resultieren:

- $2225,048 \text{ Mrd. €} / 82.002.356 \text{ Einwohner} = 27.134 \text{ €/Einwohner}$
- $2225,048 \text{ Mrd. €} / 40.076.000 \text{ Haushalte} = 55.521 \text{ €/Haushalt}$

Mit Bezug auf unsere Überlegungen oben<sup>12</sup> möchten wir im Folgenden die Geldmenge M1 pro Haushalt, also 31.555 €, als Hilfs-Maßstab für die breitgeschichtete Massenkaukraft verwenden.

## 4.3. Breitgeschichtete Massenkaukraft

Nach allem, was wir bis hier erarbeitet haben, liegt eine breitgeschichtete Massenkaukraft vor, wenn das Gros der Bevölkerung im Monats- oder Jahresdurchschnitt eine Kaufkraft nahe der mittleren Geldmenge M1 besitzt.

### 4.3.1. Einzelne Dimensionen

Ob wenigstens 70 %, 80 % oder 90 % der Bevölkerung in der Regel eine mittlere Geldmenge besitzen müssen, damit noch von breitgeschichteter Massenkaukraft gesprochen werden kann, muss an dieser Stelle nicht entschieden werden. Ist

der Bevölkerungsanteil, der eine mittlere Kaufkraft besitzt, in der Minderheit, also kleiner als 50 %, dann liegt jedenfalls keine breitgeschichtete Massenkaufkraft mehr vor.

Zum richtigen Verständnis vom Begriff der breitgeschichteten Massenkaufkraft gehört außerdem eine Bewertung der Extremwerte am unteren und oberen Ende des persönlichen Geldbesitzes. Der untere Extremwert ist theoretisch null, das heißt, ein Bürger besitzt im Monats- oder Jahresdurchschnitt keinerlei Geld. Der obere Extremwert ist theoretisch gleich der Geldmenge  $M_1$ , das heißt, ein Bürger besitzt alleine alles existierende Geld. Auch hierbei will diese Studie keine Vorgaben machen, welche realen Extremwerte gerade noch mit dem Begriff der breitgeschichteten Massenkaufkraft vereinbar sind. Es sollte sich jedoch ein allgemeines öffentliches Problembewusstsein zu dieser Frage entwickeln, das etwa folgende Frage in den Fokus stellt: Um wie viel höher darf die Kaufkraft des "reichsten" Bürgers gegenüber der Kaufkraft des "ärmsten" Bürgers sein, damit in unserer Gesellschaft noch von breitgeschichteter Kaufkraft gesprochen werden kann?

Man darf bei diesen Überlegungen nicht den Fehler begehen und Geldbesitz mit Vermögensbesitz verwechseln. Geldbesitz dient der Kaufkraft und damit zu allererst nicht seinem Besitzer, sondern jedem Anbieter von Gütern, egal ob dies ein Arbeitnehmer oder Unternehmer ist. Das wusste auch Ludwig Erhard, weshalb er mit seiner Politik und mit dem Wunsch nach breitgeschichteter Massenkaufkraft zielgerichtet das Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre bewirken konnte. Nur im zweiten Schritt dient Geld dann seinem Besitzer zum Erwerb von Gütern – freilich im Tausch gegen das Geld – und damit u. U., nicht zwingend, der Vermögensvermehrung.

#### 4.3.2. Ein demokratisches Gebot

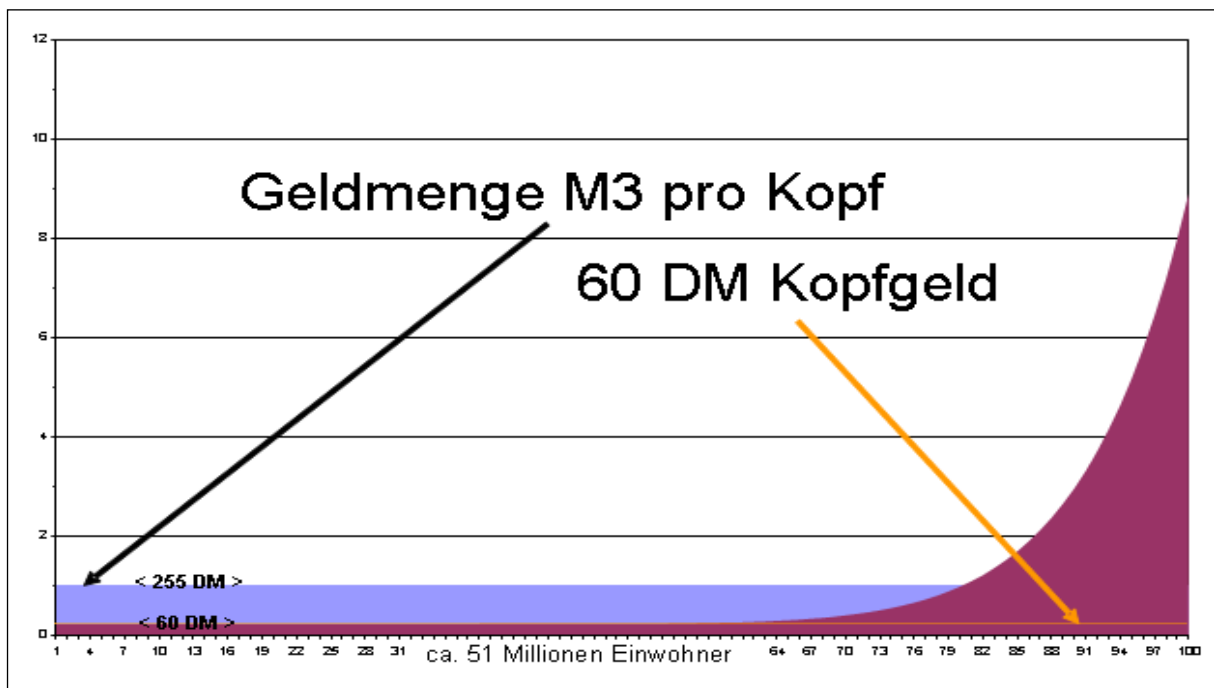
Da Geld nicht nur dem Erwerb von Gütern dienen kann, sondern auch dem Einfluss auf politische Macht, ist das Ziel der breitgeschichteten Massenkaufkraft nicht nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Sie dient zugleich der Sicherung des demokratischen Prinzips und damit der Sicherung unserer Verfassung. Denn es liegt auf der Hand, dass jemand, der Kaufkraft in Millionenhöhe oder gar Milliardenhöhe besitzt, einen tausendfach höheren Einfluss auf die Politik unseres Landes nehmen kann als jeder einzelne Bürger mit seiner Wählerstimme!

#### 4.3.3. Historischer Rückblick

In der Bundesrepublik Deutschland hatten zuletzt zwei Ereignisse einschneidenden Einfluss auf die Geldverteilung innerhalb der Volkswirtschaft. Durch die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, die naturgemäß große Vermögen (Industrie und Mietobjekte!) stärker betrafen als kleine oder gar keine Vermögen, und durch die Währungsreform 1948 entstand in Deutschland ein verhältnismäßig breiter Geldfluss, durch den jeder Bürger relativ stark mit Geld versorgt wurde. Relativ stark bedeutet dabei: im Vergleich zur insgesamt vorhandenen Geldmenge. Zunächst sorgten die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs in Deutschland für eine Relativierung, genauer: Dezimierung, der bis dahin bestehenden unerträglichen Kluft zwischen der Armut der Massen und dem Reichtum Weniger.<sup>13</sup> Damit ging von-

seiten der Kapitaleinkommen (insbesondere Unternehmensgewinne) zwangsläufig eine Dezimierung der Kluft bei den Einkommensunterschieden einher.

Die gigantischen Bankguthaben der wenigen Reichen wurden durch den Krieg freilich nicht zerstört. Dies besorgte das zweite Ereignis, die von Ludwig Erhard federführend begleitete Währungsreform von 1948. Durch diese wurden die Bankguthaben im Verhältnis 10:1 bis 10:0,65 dezimiert, während alle wiederkehrenden Zahlungsansprüche wie Löhne, Mieten und Renten im Verhältnis 1:1 von RM auf DM umgestellt wurden. Außerdem, und das ist für eine breite Massenkauftkraft von erheblicher Bedeutung, wurde jedem Bürger ein "Kopfgeld" von 60 DM in bar ausgeteilt.<sup>14</sup>



**Abbildung 2 Geldmenge in Deutschland 1948 und ihre Verteilung (schematisch)**

Sie sehen hier schematisiert (nicht empirisch exakt) die Geldverteilung in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Währungsreform 1948. Das Geld, das Eigentum privater juristischer Personen war, sei auch hier wieder anteilsgemäß den natürlichen Personen zugerechnet, denen die juristischen Personen gehörten. Es herrschte unter den Bürgern absolut keine völlige Gleichheit im Geldbesitz (und im Vermögensbesitz). Es gab schon noch reichere und ärmere Bürger und natürlich einige, die über eine mittlere Geldmenge verfügten. Auf der x-Achse sehen Sie die Bevölkerung (in Prozent) – sortiert nach ihrem Geldbesitz. Die Bevölkerungszahl betrug etwa 51 Millionen. Die hellblaue und die rötliche Fläche zeigen jeweils die Geldmenge M3 in Westdeutschland in Höhe von ca. 13 Mrd. DM. Auf der y-Achse sehen Sie die Geldmenge pro Kopf, wobei 1,00 dem statistischen Mittel von ca. 254,90 DM pro Kopf entspricht (hellblaue Fläche). Sie sehen: Die 60 DM Kopfgeld betrug damals schon gut ein Viertel des pro Kopf existierenden Geldes – nicht nur im Sinne von M1, sondern sogar im Sinne von

M3! Die breite Bevölkerung hatte damit sehr viel mehr (absolute) Kaufkraft als heute.

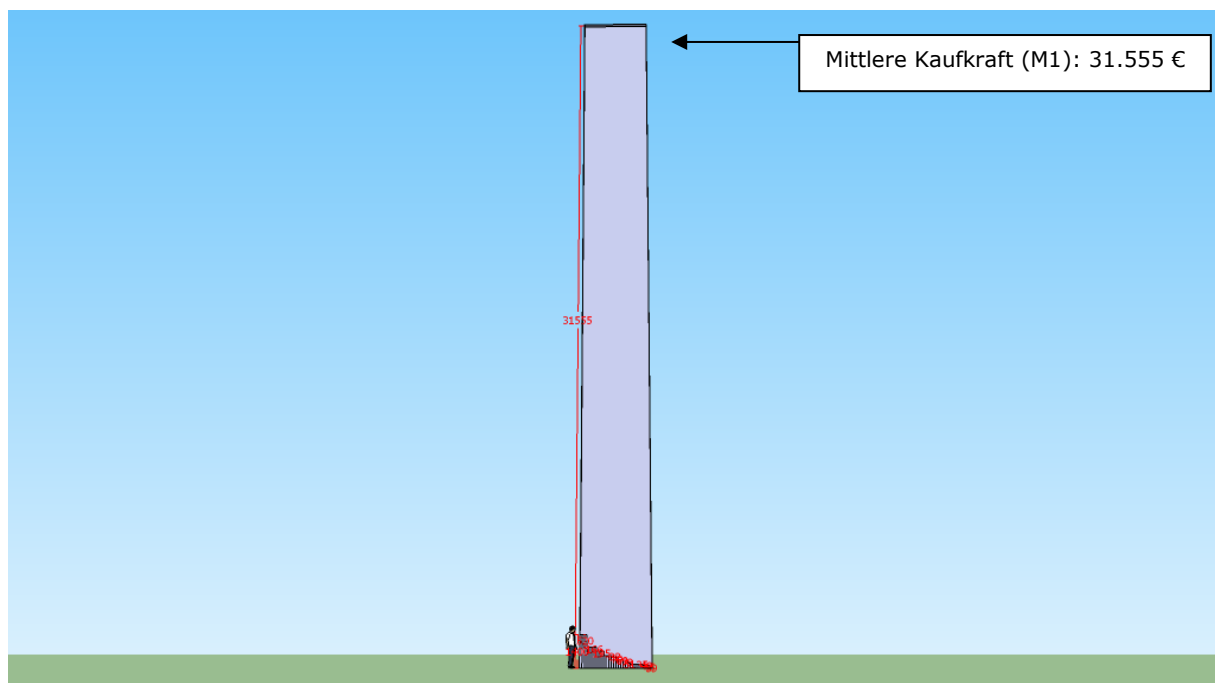
Von Juni 1948 bis heute ist die Geldmenge M3 von 13 Mrd. DM auf über 2,2 Billionen € (Stand April 2010) angewachsen. Das entspricht einem Geldmengenwachstum von rund 10 % jährlich.

Über die Geldmenge M1 im Jahr 1948 sind hier keine Daten bekannt. Ende 1968 betrug die Geldmenge M1 93,466 Mrd. DM.<sup>15</sup> Heute (Stand April 2010) liegt sie bei 1264,589 Mrd. €<sup>16</sup>, sodass sie im Schnitt um über 6,5 % jährlich gewachsen ist. Im Krisenjahr 2009 hatte die Geldmenge M1 zeitweise ein Jahreswachstum von über 20 %!

Dieses Geldmengenwachstum übertrifft das Bevölkerungswachstum (1948: ca. 51 Millionen, heute ca. 82 Millionen) von unter 0,8 % jährlich bei Weitem.<sup>17</sup> Wollte jeder Bürger heute die gleiche Kaufkraft wie im Juni 1948 60 DM besitzen, so müsste er heute 6386,91 € in der Hand halten.<sup>18</sup> Der "Bruttostundenverdienst aller Arbeiter", der im Juni 1948 bei 0,99 DM und im Dezember 1948 bei 1,13 DM lag,<sup>19</sup> würde heute, wenn er mit dem Geldmengenwachstum Schritt gehalten hätte, bei 120,29 € liegen.<sup>20</sup>

#### 4.4. Besitzt Anton M. eine mittlere Kaufkraft?

Wir hatten oben für Anton M. bezogen auf den Monat April 2010 einen durchschnittlichen Geldbesitz von 473,73 € errechnet. Stellen wir nun seinen Geldbesitz der statistisch mittleren Kaufkraft pro Haushalt gegenüber:



**Abbildung 3**

Abbildung 3 ist maßstabsgerecht, jedenfalls was die Geldmengen angeht. Wie Sie sehen, ist die Kaufkraft von Anton M. verschwindend gering gegenüber der sta-



tistisch mittleren Kaufkraft pro Haushalt. Seine durchschnittliche Kaufkraft beträgt weniger als 1,6 % der mittleren Kaufkraft pro Haushalt.

Die Kaufkraft von Anton M. wäre sogar dann noch ärmlich (im Vergleich mit der mittleren Kaufkraft), wenn er – völlig widernatürlich – seinen Monatslohn behalten, in diesem Monat nichts ausgegeben hätte und daher 1400 € durchschnittliche Kaufkraft hätte.

Nehmen wir an, Anton M. hatte auch noch ein Sparguthaben, auf dem den ganzen Monat April über 600 € lagen. Dieses Geld wird aber nicht mehr zu M1, sondern zu M2 oder M3 gezählt. Beim Vergleich des persönlichen Geldbesitzes mit der in Deutschland herrschenden mittleren Geldmenge pro Kopf oder pro Haushalt dürfen wir aber nicht die jeweiligen Bezugsgrößen durcheinanderbringen. Persönlichen Geldbesitz, der die Geldmenge M2 umfasst (also zum Beispiel ein Sparguthaben) können wir auch nur mit M2 pro Haushalt oder M2 pro Kopf vergleichen. Beim Vergleich mit M1 pro Haushalt oder pro Kopf dürfen wir bei dem Einzelnen auch nur das Geld im Sinne von M1 mitzählen, also nur Bargeld, Giro- und Tagesgeldguthaben. Was, wie bereits ausgeführt, überhaupt nicht geht, ist, Wertpapiere wie Aktien oder Anleihen zum persönlichen Geldbesitz hinzuzuzählen. Wer Aktien gekauft hat, hat sein Geld im Sinne von M1 aus der Hand gegeben. Dieses Geld besitzt jetzt ein anderer.

Anton M. hätte diesen einen Monat also einen durchschnittlichen Geldbesitz im Sinne von M2 von (473,73 € + 600 € =) 1073,73 €. Schauen wir uns seinen Geldbesitz nun grafisch an:

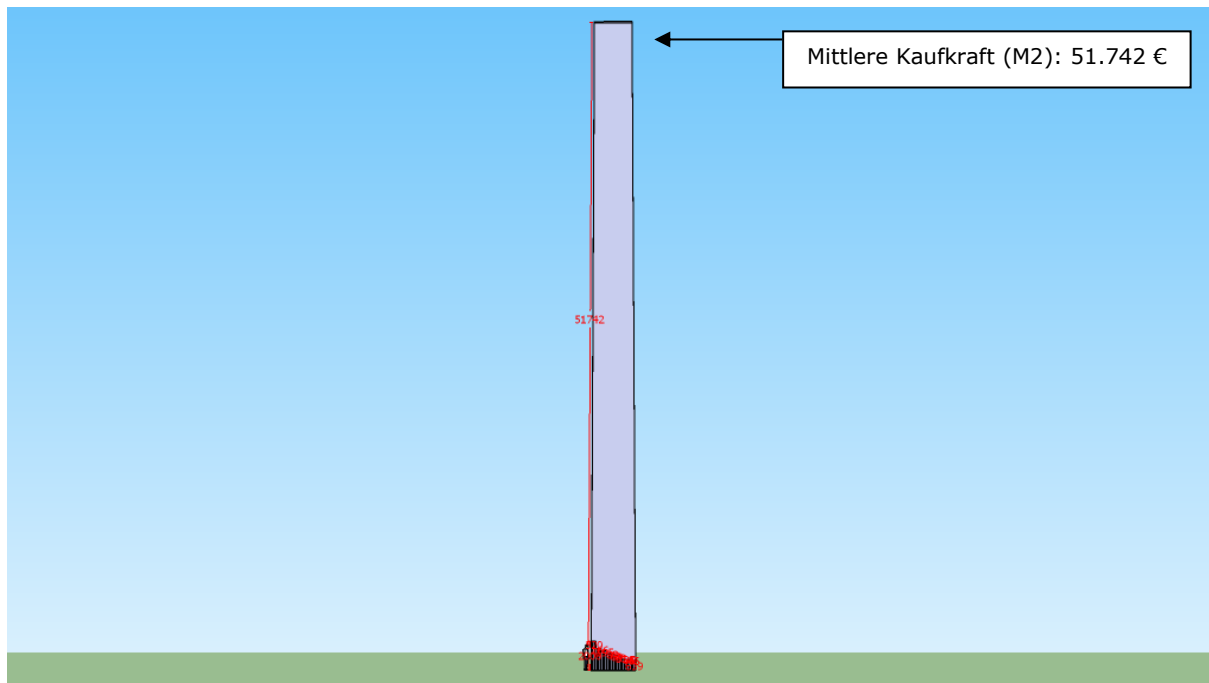


Abbildung 4

Seine Kaufkraft im Sinne von M2 ist nun noch geringer als die im Sinne von M1. Sein Sparguthaben von 600 € ist "nicht der Rede wert".



#### 4.5. Geldbesitz der öffentlichen Hand

Sie haben oben die Geldmenge im Besitz unseres Staates (im weiteren Sinne) erfahren. 2005 waren es ca. 1500 € pro Haushalt und ca. 700 € pro Einwohner.

Wenn man sich nun klarmacht, dass die öffentliche Hand Ausgaben für jeden Bürger zu erfüllen hat, dann könnte man mit guten Gründen argumentieren, dass der öffentlichen Hand auch eine gewisse Kaufkraft beziehungsweise "Geldmenge pro Einwohner" oder "Geldmengen pro Haushalt" zur Verfügung stehen sollte. Schauen wir nun noch einmal auf die Abbildung 3 beziehungsweise Abbildung 4, wo wir den Geldbesitz von Anton M. mit den mittleren Geldmengen vergleichen, dann sehen wir, dass der Geldbesitz der öffentlichen Hand "pro Einwohner" kaum höher ist als der von Anton M. Unsere öffentlichen Haushalte sind ebenso verarmt wie die breite Bevölkerung.

Dass dieser Eindruck ganz im Gegensatz steht zu der ständigen Propaganda, die "Staatsquote" sei zu hoch, hat einen ähnlichen Grund wie den, den wir im folgenden Kapitel 5 erklären. Dies hier ausführlich zu erörtern, sprengt allerdings den Rahmen dieser Studie.

#### 4.6. Geld verbrennt nicht, wenn es ausgegeben wird!

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, bleibt in Abbildung 3 und Abbildung 4 die mittlere Geldmenge – ganz im Gegensatz zu dem Geldbesitz von Anton M. – von Anfang bis Ende des Monats auf derselben Höhe (obere Kante). Dies ist kein Versehen, sondern zeigt eine allgemein leider viel zu wenig beachtete Tatsache.

Man hat bei vielen Leuten, die über Geld, Ausgaben und Kosten reden, das Gefühl, Geld würde verbrennen, sobald es ausgegeben wird. Natürlich verschwindet das Geld für Anton M., sobald er es ausgibt. Tatsächlich aber verbrennt Geld beim Ausgeben nicht, sondern es wechselt lediglich den Besitzer: "Dein Geld ist nicht weg, es hat jetzt nur ein anderer!" Das muss man sich klarmachen – und zwar mit Blick auf die Volkswirtschaft eines ganzen Landes, gerne auch der ganzen Welt! Das Geld ist permanent vorhanden. Es wird nicht weniger. Seit Jahrzehnten wird es sogar immer mehr. Und es stellt sich allenfalls die Frage, wo, das heißt, bei wem es sich augenblicklich und in welchem Umfang befindet.

Wenn Anton M. also am 03. 05. 2010 seine Miete von 520 € bezahlt, dann ist dieses Geld aus der Volkswirtschaft nicht verschwunden. Es hat nun vielmehr sein Vermieter. Auch dies macht deutlich, dass nicht das Einkommen, sondern der (mittlere) Geldbesitz das richtige Maß zur Betrachtung und Beurteilung der breitgeschichteten Massenkaufkraft ist.

### 5. Warum das Einkommen zu falschen Schlüssen über die Kaufkraft führt

Von den Statistikämtern und verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten wird immer wieder eine durchschnittliche Einkommenshöhe bekannt gegeben. So heißt es zuletzt beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): "Im

Westen beläuft sich das mittlere Jahreseinkommen auf etwa 21.200 € und im Osten auf ungefähr 17.700 €.<sup>21</sup> Das Statistische Bundesamt meldet für 2009 als durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von Vollzeitbeschäftigten aus dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich 41.468 €.<sup>22</sup> Das entspricht 3455,67 € brutto pro Monat und bei einem Einpersonenhaushalt 2026,14 € netto.<sup>23</sup>

Die Medien orientieren sich an diesen Zahlen ebenso wie unsere Politiker. Am 23. 03. 2010 meldete denn auch der Stern, "ein Arbeitnehmer mit einem Vollzeitjob hat im vergangenen Jahr in Deutschland brutto durchschnittlich 40.642 € verdient."<sup>24</sup> Und in einem Gastbeitrag beim Spiegel erklärt die Journalistin Ulrike Herrmann unter Berufung auf das DIW: "Zur Mittelschicht zählt, wer als Single zwischen 1000 und 2200 € netto im Monat hat. Bei einem Ehepaar mit zwei kleinen Kindern sind es zwischen 2100 und 4600 € netto. Darunter beginnt die Unterschicht, darüber schon die Oberschicht."<sup>25</sup>

Die allermeisten Leute, Ökonomen und Politiker eingeschlossen, sind daher gewohnt, ihren persönlichen wirtschaftlichen Erfolg und den von anderen anhand des Einkommens zu messen und zu bewerten. Anhand des Einkommens und dessen Entwicklung beurteilen die Menschen aus alter Gewohnheit, ob ein gesellschaftlicher Auf- oder Abstieg oder ein "Mithalten" stattfindet.

Das Einkommen als Maß für den gesellschaftlichen Status ist freilich nicht nur für Arbeitnehmer von Bedeutung, sondern für jeden am Wirtschaftsleben beteiligten Bürger. Das Einkommen eines Arbeitnehmers ist von besonderem Interesse, weil es einfach festzustellen ist; denn es wird in der Regel einmal im Monat in gleicher Höhe ausbezahlt. Der Unternehmer könnte zwar täglich und stündlich seinen Gewinn ermitteln, er macht es aber nur einmal im Monat, Quartal oder Jahr, um so ebenfalls sein Einkommen festzustellen. Dividenden werden den Aktionären regelmäßig einmal pro Jahr ausbezahlt, wie Zinsen den Vermietern monatlich, Darlehenszinsen den Darlehensgebern monatlich, quartalsmäßig oder jährlich. Bei all diesen Arten von Einkommen handelt es sich also um periodische Zahlungsvorgänge (oder periodische Abrechnungen wie bei der Gewinnermittlung), die im Fokus des Interesses der Leute liegen.

Das Einkommen wird zur Bewertung des gesellschaftlichen Erfolgs wahlweise mit dem (angeblichen) mittleren Einkommen und/oder mit der Inflationsrate verglichen. Und alle sind zufrieden, wenn die eigene Einkommenssteigerung die Inflationsrate übertrifft.

Alle? Nein, nicht alle. Denn hinter einer entsprechend niedrigen Inflationsrate stehen Unternehmer, die ihre Preise nicht angehoben haben (natürlich nur, weil sie dadurch einen Gewinnrückgang befürchten). Daher zählen diese Unternehmer nicht zu den wirtschaftlichen Gewinnern, falls sie ihr Unternehmensergebnis nicht auf andere Weise steigern können.<sup>26</sup>

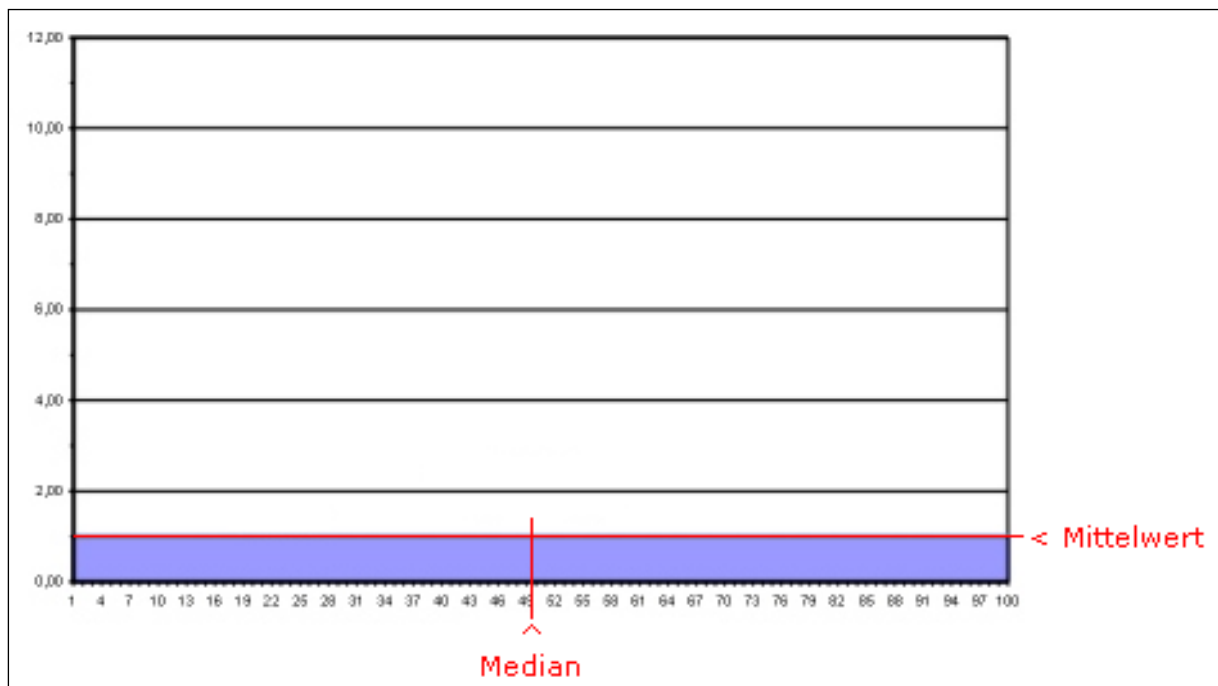
Bei alledem vermitteln Einkommensstatistiken aus drei Gründen kein realistisches Bild über die Kaufkraft der Bürger.

Zum einen ist die gesamte Kaufkraft der Unternehmen nicht berücksichtigt, sondern nur die Privatentnahmen der Unternehmer. Zum anderen sind die höchsten "privaten" Einkommen in den Statistiken nicht enthalten, weil die Daten gar nicht

ermittelt werden und weil man sich damit tröstet, dass die Zahl der betreffenden Bürger gering und "statistisch nicht relevant" sei.<sup>27</sup> Hinzu kommt schließlich, dass die Höhe des "mittleren" Einkommens üblicherweise als Median berechnet wird und auch deshalb viel zu niedrig ist.

Um letzteres zu verdeutlichen, seien in den folgenden drei Abbildungen unterschiedliche Einkommensverteilungen untersucht. Hier wird jetzt nicht wie bei Abbildung 2 die Verteilung des existierenden Geldes, sondern die Verteilung des Volkseinkommens (z. B. eines Jahres) dargestellt.

Zunächst eine idealistische Verteilung, in der jeder das gleiche Einkommen hat:



**Abbildung 5**

Da jeder das Jahreseinkommen von 1,0 hat, liegt der Mittelwert auch bei 1,0. Das Gesamtvolumen aller Einkommen beträgt  $100 \times 1,0 = 100,0$ .

Der Median ist das Einkommen des Bürgers, der genau zwischen 50 % Bürger mit weniger Einkommen und 50 % Bürger mit mehr Einkommen steht. Hier im Diagramm ist der Median ebenfalls 1,0.

Im folgenden Diagramm steigt die "Kurve" der Einkommensverteilung linear an:

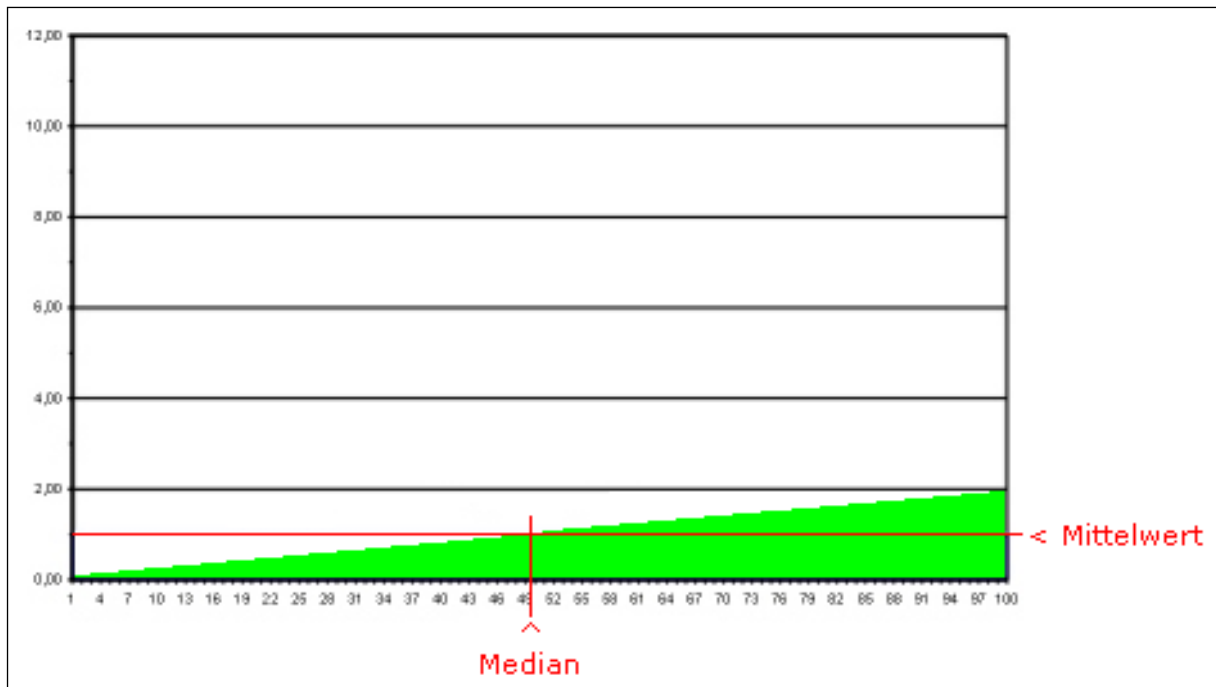


Abbildung 6

Auch hier sind Mittelwert und Median identisch: 1,0. Die Rechnung mit Median wäre auch hier in Ordnung.

Wir haben aber eine Einkommensverteilung, die eher dem folgenden Diagramm entspricht. Das Diagramm zeigt allerdings nicht die Verteilung heute, sondern eine aus früherer Zeit, vielleicht eine aus den 1960er Jahren:

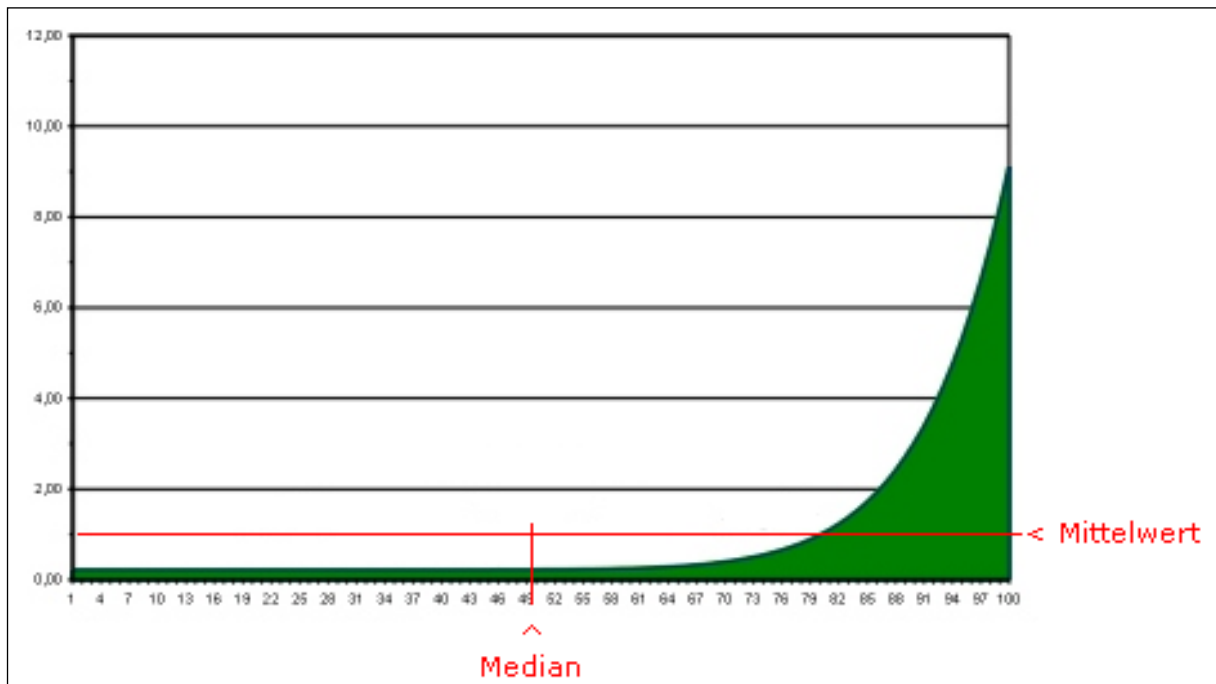


Abbildung 7

Nun sehen Sie, der Mittelwert ist immer noch bei 1,0. Denn das Gesamtvolumen ist immer noch 100,0. Aber der Median ist auf ca. 0,2 gesunken! Das ist ein gewaltiger Unterschied zu 1,0.

Der Einkommensmedian ist kein ehrliches Maß, um die Mittelschicht zu bestimmen. Wenn man schon mit den Einkommen rechnet, dann müsste man

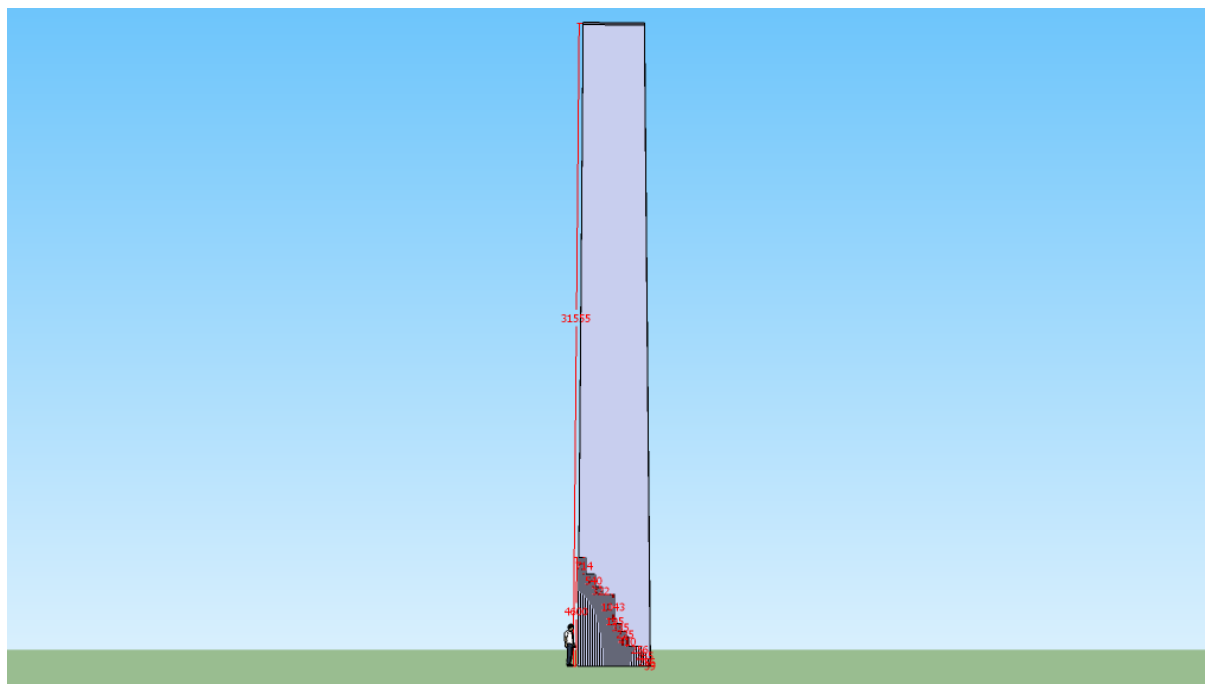
- den Mittelwert errechnen,
- auch die höchsten Einkommen einbeziehen und
- alle weiteren Zahlungseingänge innerhalb der Volkswirtschaft, die nicht als Einkommen gewertet werden, als Vergleichsmaßstab mit dazu anführen.

Jedenfalls sind die Menschen heute noch zufrieden, wenn ihre Einkommen mit den veröffentlichten Zahlen über die (angeblichen) durchschnittlichen Einkommen mithalten können. Maßstab allen Denkens, das um den wirtschaftlichen Erfolg einer Person kreist, ist heutzutage das Einkommen.

Demgegenüber beurteilt derzeit praktisch niemand seinen wirtschaftlichen Erfolg an seinem Geldbesitz. Die Frage des Geldbesitzes spielt allenfalls eine Rolle dafür, ob jemand sich etwas Bestimmtes leisten kann: "Der Schrank dort für mein Wohnzimmer kostet 2590 € und ich habe nur noch 1200 € auf dem Konto. Dann werde ich wohl einen Kredit aufnehmen." Weder der aktuelle Geldbesitz noch der durchschnittliche Geldbesitz innerhalb eines Monats oder Jahres wird in unserem Denken für die Frage herangezogen, ob jemand (vor allem man selbst) zu den Gewinnern, zu den Verlierern oder zur Mittelschicht der Gesellschaft gehört. Exkurs: Bei einem Monopoly-Spiel ist das völlig anders; da schaut man schon mal, wie viel Geld die anderen Spieler haben, und keiner weiß über sein Monats- oder Jahreseinkommen Bescheid.

Doch das Einkommen und die dazu gehörenden Vergleichsmaßstäbe (das angebliche mittlere Einkommen und die Inflationsrate) erlauben schon längst keinen zutreffenden Einblick mehr in die tatsächlichen Verhältnisse der Vermögens- und Geldverteilung in unserer Gesellschaft. Die Grenzen zwischen Unter-, Mittel- und Oberschicht lassen sich mit dem Einkommen nicht annähernd zutreffend beschreiben.

Wenden wir den von Ulrike Herrmann mitgeteilten höchsten Einkommensbetrag von 4600 € netto monatlich einmal auf unsere Grafik mit der aktuellen mittleren Kaufkraft an:



**Abbildung 8**

Auch hier unterstellen wir – nicht gerade realitätsnah –, dass die Gehaltszahlung am Monatsanfang nicht bereits ganz oder teilweise von einem in Anspruch genommenen Kontokorrentkredit aufgezehrt wird. Ein im Minus befindliches Girokonto zählt bei unserer Berechnung der Kaufkraft übrigens stets mit 0 €; dann zählt nur noch der Bargeldbesitz.

Nun fragen Sie sich sicherlich selbst schon: Wie soll ein Bürger oder eine Familie mit einem Einkommen von 4600 € monatlich einen mittleren Geldbesitz und damit eine mittlere Kaufkraft von aktuell 31.555 € erreichen? Theoretisch könnte jemand solch einen Geldbetrag monate- oder jahrelang ansparen. Ausgeschlossen ist das im Einzelfall also nicht. Doch die Realität sieht anders aus. Es herrscht eine nicht zu rechtfertigende Kluft zwischen dem Maßstab der mittleren Kaufkraft und dem angeblichen durchschnittlichen Einkommen.

Geradezu verrückt erscheint es, dass ein sehr großer Teil der Bevölkerung es gewohnt ist, spätestens am Ende eines Monats überhaupt kein Geld mehr zu besitzen, obwohl doch die Geldmenge im Land keinesfalls sinkt.

Die Statistiken belegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Kreditschulden hat. Wer Kredite zu tilgen hat, wird normalerweise kein Bargeld und keine Sichteinlagen anhäufen. Auch sonst wird jemand, der keine Schulden hat und sein Geld nicht demnächst braucht, dieses nicht auf einem Giro- oder Tagesgeldkonto sammeln, sondern höher verzinsliche Möglichkeiten ergreifen.

Geld im Sinne von M1 ist Kaufkraft pur. Die Geldmenge M1 in Deutschland ist die Kaufkraft, die sich die Menschen von Deutschland teilen. Wenn die Geldmenge – wie seit Jahrzehnten geschehen – um rund 10 % jährlich wächst, dann müsste auch jeder, der seine Kaufkraft im Vergleich zu allen anderen erhalten will, sei-

nen durchschnittlichen Geldbesitz um 10 % jährlich steigern. Mit den Zahlen über die angeblichen durchschnittlichen Einkommen, die allenfalls Einkommenssteigerungen von 1 % bis 2 % jährlich belegen, ist ein dauerhafter Erhalt der Kaufkraft nicht möglich.

Die Zahlen über durchschnittliche Einkommen haben nur einen Nutzen: Sie täuschen die breite Bevölkerung über die wahren wirtschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen im Lande hinweg. Bei vielen Verantwortlichen geschieht dies nicht einmal in böser Absicht, sondern aus Unwissenheit und in gutem Glauben. Eine Studie aus dem Jahr 2005, in der anhand der Einkommensteuerstatistik Bruttoeinkommen (also vor Abzug der Steuern!) mit dem Geldmengenwachstum verglichen wird, beweist, dass 95 % der Steuerzahler von 1974 bis 1998 rund 70 % an (absoluter) Kaufkraft verloren haben. Die Studie lässt auch erahnen, dass das Geld, das der breiten Bevölkerung für eine breitgeschichtete Massenkaufkraft im Sinne von Ludwig Erhard fehlt, sich in den Händen von nur etwa 10.000 Steuerzahlern angesammelt hat.<sup>28</sup>

In der folgenden Grafik sehen Sie ein Monatseinkommen, das tatsächlich der aktuellen mittleren Kaufkraft eines Haushalts entspricht:

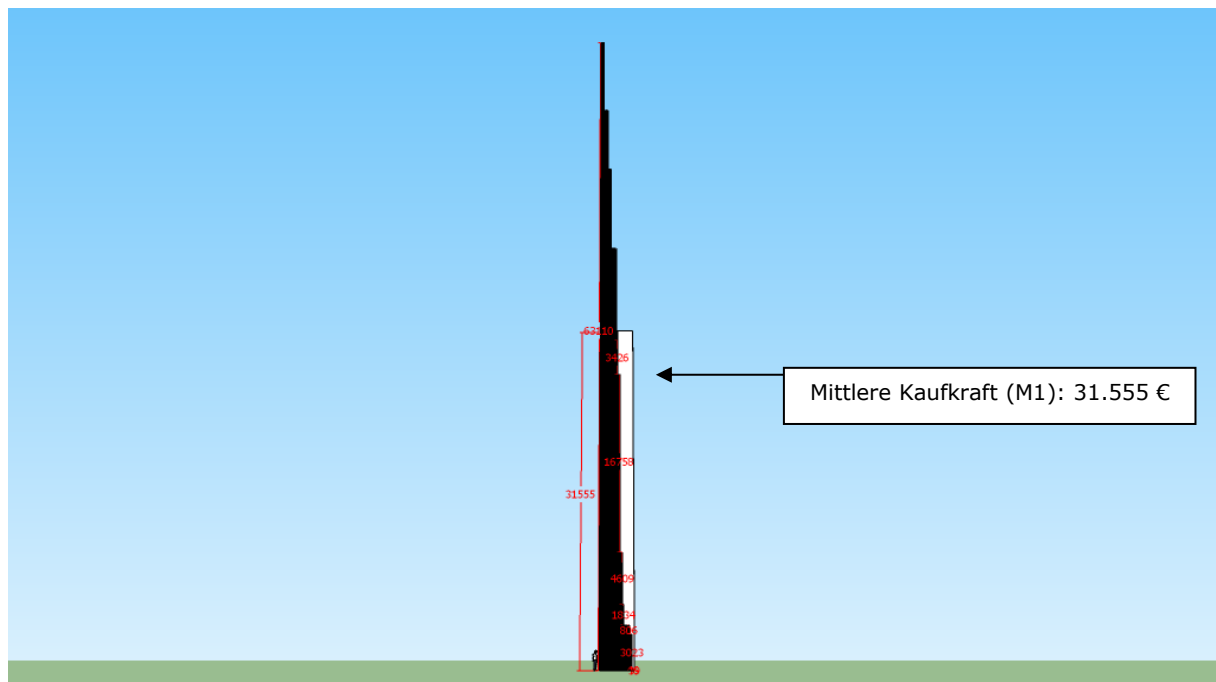


Abbildung 9

## 6. Resümee

Wir haben uns in Deutschland seit der Ära Ludwig Erhard von einer breitgeschichteten Massenkaufkraft immer weiter entfernt. Und wir entfernen uns noch immer davon.

Wer heutzutage meint, zur Mittelschicht oder gar Oberschicht zu gehören, weil er ein (angeblich) durchschnittliches beziehungsweise überdurchschnittliches Ein-

kommen hat, ist in Wirklichkeit Mitglied einer "kaufkraftbefreiten" Unterschicht. Nur wenige gehören heute wirklich noch zur Mittel- beziehungsweise Oberschicht.

Den Politikern mögen die falschen Informationen über die Mittelschicht und deren Einkommen recht sein, denn dies sorgt für künstliche Zufriedenheit in der Bevölkerung und sichert die eigene Wiederwahl. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind sowohl die Einkommensstatistiken als auch die Einkommensentwicklungen der breiten Bevölkerung eine Katastrophe. Wohlstand für alle ist längst wieder Geschichte und die Konjunktur steht weiter vor dem Absturz. Möglicherweise steht uns deshalb auch wieder eine politische Katastrophe bevor.

<sup>1</sup> Diese Betrachtung und Berechnung ist zugegebenermaßen überraschend, weil ungewöhnlich. Es geht – wie in der gesamten Studie – um die Frage, wie viel Geld jemand Stunde für Stunde bzw. Tag für Tag zur Verfügung hat. Hat er an einem Tag weniger (weil er am Tag zuvor Geld ausgegeben hat), muss er, um das Manko auszugleichen, an einem oder mehreren anderen Tagen entsprechend mehr Geld haben. Hier also die Durchschnittsberechnung im Detail:

Datum	Zugang	Abgang	Text	Geldbesitz
01.04.2010	1.400 €		Gehalt	1.400 €
02.04.2010				1.400 €
03.04.2010		520 €	Miete	880 €
04.04.2010				880 €
05.04.2010				880 €
06.04.2010				880 €
07.04.2010		166 €	Lebensmittel	714 €
08.04.2010				714 €
09.04.2010				714 €
10.04.2010		195 €	Kleidung	519 €
11.04.2010				519 €
12.04.2010				519 €
13.04.2010				519 €
14.04.2010				519 €
15.04.2010		82 €	Versicherung	437 €
16.04.2010		79 €	Strom, Wasser	358 €
17.04.2010				358 €
18.04.2010		69 €	Geschenke	289 €
19.04.2010				289 €
20.04.2010		78 €	Benzin	211 €
21.04.2010		51 €	Lebensmittel	160 €
22.04.2010				160 €
23.04.2010				160 €
24.04.2010				160 €



25.04.2010		160 €
26.04.2010	35 € Restaurant	125 €
27.04.2010		125 €
28.04.2010	40 € Lebensmittel	85 €
29.04.2010	46 € Lampe	39 €
30.04.2010		39 €
Berechnung des durchschnittlichen Geldbesitzes im April 2010:		14.212 € / 30 Tage = 473,73 €

<sup>2</sup> <http://bundesrecht.juris.de/stgb/BJNR001270871.html#BJNR001270871BJNG004502307>,  
<http://bundesrecht.juris.de/bbankg/BJNR007450957.html#BJNR007450957BJNG000801308>

<sup>3</sup> <http://bundesrecht.juris.de/bqg/BJNR001950896.html>.

<sup>4</sup> Zum Beispiel durch die Reform des § 775 Nr. 5 ZPO in den 1990er Jahren: Als Nachweis der Erfüllung der Zahlungspflicht in einem Urteil oder anderen Vollstreckungstiteln trat anstelle des Posteingahlungsscheines – Bargeld wurde durch den Postboten überbracht! – der Einzahlungs- oder Überweisungsnachweis einer Bank oder Sparkasse. Oder die Änderung des BGB 1999, bei der erstmals das gesamte Recht des Überweisungsverkehrs gesetzlich ausdrücklich geregelt wurde; seit Oktober 2009 ist das jedoch schon wieder Geschichte, denn es ist jetzt im BGB nicht mehr von Überweisungen, sondern von "Zahlungsdiensten und elektronischem Geld" die Rede.

<sup>5</sup> [http://www.bundesbank.de/bildung/bildung\\_glossar\\_g.php#geldmenge](http://www.bundesbank.de/bildung/bildung_glossar_g.php#geldmenge).

<sup>6</sup>

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Finanzvermoegen\\_Staatssektor.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Finanzvermoegen_Staatssektor.psm1)

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/FinanzenSteuern/OeffentlicheHaushalte/Schulden/Tabellen/Content75/FinanzvermoegenOeffentlichenHaushalte.templateId=renderPrint.psm1>.

<sup>7</sup>

[http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI300](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI300).

<sup>8</sup>

[http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI301](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI301).

<sup>9</sup> [http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de\\_jb01\\_jahrtab1.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp).

<sup>10</sup> [http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de\\_jb01\\_jahrtab4.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab4.asp).

<sup>11</sup> Aktuelle Zahlen erhalten Sie auch künftig unter

<http://www.kiwifo.de/html/newsletter.htm>

<sup>12</sup> Geldmenge pro Kopf oder pro Haushalt?

<sup>13</sup> Vgl. das Zitat Ludwig Erhard in der Einleitung.

<sup>14</sup> Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2002, S. 21 f. =

[www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2002/200203mba\\_dm\\_bargeld.pdf](http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/mba/2002/200203mba_dm_bargeld.pdf):

"Am Sonntag, dem 20. Juni 1948 trat die Währungsreform in Kraft. Das Emissionsgesetz übertrug der Bank deutscher Länder das ausschließliche Recht, im Währungsgebiet Banknoten und bis auf weiteres auch Münzen auszugeben. Das Währungsgesetz bestimmte in Paragraph I: 'Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung.' Es enthielt Bestimmungen über die Kopfquote (60 DM, auszuzahlen in zwei Raten zu 40 DM und weiteren 20 DM), über die Geschäftsbeträge der Betriebe von 60 DM pro Arbeitnehmer und über die Erstausrüstung der öffentlichen Haushalte. Gemäß dem Umstellungsgesetz vom 27. Juni 1948 wurden die Bankguthaben der privaten Nichtbanken im Verhältnis 10:1 in D-Mark umgestellt (unter Anrechnung der Kopf- und Geschäftsbeträge); die Hälfte hiervon wurde zunächst auf einem Festkonto blockiert. Obwohl die Geldmenge gemessen am Sozialprodukt eher niedrig war, kam es infolge der Anpassungen der Preisstruktur sofort zu großen Preissteigerungen, die durch eine sehr hohe Geldumlaufgeschwindigkeit alimentiert wurden. Deshalb entschieden die Militärregierungen Anfang Oktober 1948, 70 % der Festkontogelder zu streichen (Festkontogesetz vom 4. Oktober 1948). Im Ergebnis belief

sich das Umstellungsverhältnis für größere Reichsmarkguthaben nur noch auf 10:0,65. Damit wurde der Geldüberhang durch die Währungsreform beseitigt. Über den in D-Mark umgewandelten Teil der Reichsmarkguthaben hinaus wurden keinerlei Ansprüche gewährt. Folglich wurden die Geldvermögensbesitzer, das heißt auch viele kleine Sparer, weitgehend enteignet. Die wertlosen Forderungen der Banken gegen das Reich wurden ebenfalls gestrichen. Zum Ausgleich erhielten die Banken Forderungen gegen die Länder und später gegen den Bund. Damit war auch ihre Überschuldung bereinigt. Verbindlichkeiten aus wiederkehrenden Leistungen (wie Löhne, Mieten, Renten usw.) hingegen wurden im Verhältnis 1:1 umgestellt.

Die von Privatpersonen, Unternehmen außer Banken und öffentlichen Institutionen zur Umstellung angemeldeten Reichsmarkguthaben beliefen sich auf rund 145 Mrd. RM. Das war die Basis der hoheitlichen Neugeldschöpfung. Sie betrug Ende Juni 1948 4,4 Mrd. DM, die aus Kopf- und Geschäftsbeträgen sowie Erstaussstattungen an die öffentlichen Haushalte und die Besatzungsmächte stammten. Insgesamt wurde im Jahr 1948 durch die Währungsumstellung eine Geldmenge (im Sinne von M3) von gut 13 Mrd. DM auf gesetzlichem Wege geschaffen."

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1975, 358.

<sup>16</sup> [http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI300](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI300) plus [http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI301](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=TXI301).

<sup>17</sup> Und bei hierbei ist zur Vereinfachung sogar die Wiedervereinigung mit der DDR als Bevölkerungswachstum gerechnet worden.

<sup>18</sup>  $60 \text{ DM} \frac{2.225.048.000.000 \text{ €} \cdot 51.000.000}{13.000.000.000 \text{ DM} \cdot 82.002.356} = 6.386,91 \text{ €}.$

<sup>19</sup> Ludwig Erhard, Wohlstand für Alle, 8. Aufl. 1964, S. 33.

<sup>20</sup> Berechnung in <http://www.kiwifo.de/geldmengenwachstum.xls> Tabelle 3.

<sup>21</sup> [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.344926.de/09-51.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.344926.de/09-51.pdf) S. 889.

<sup>22</sup>

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Bruttoverdienste/Tabellen/Content100/Bruttojahresverdienst,templateId=renderPrint.psm!>

23

Steuerklasse:		1
Kirchensteuerpflichtig:		nein
Kirchensteuersatz:		8,0
Krankenkasse:		Pflicht-Versicherung
Kassensatz (nur gesetzliche KK):		14,9
Rentenversicherungspflicht:		ja
Kinderfreibeträge:		0
Bundesland:		Alte BL
	<b>Jahr 2009</b>	<b>Monat</b>
Brutto-Arbeitslohn:	41.468,00	3.455,67
Lohnsteuer:	8.212,00	684,33
Solidaritätszuschlag:	451,66	37,64
Kirchensteuer:	0,00	0,00
Krankenversicherung:	3.275,97	273,00
Pflegeversicherung:	507,98	42,33
Rentenversicherung:	4.126,07	343,84
Arbeitslosenversicherung:	580,55	48,38
Netto-Arbeitslohn:	24.313,77	2.026,14

<sup>24</sup> <http://www.stern.de/wirtschaft/geld/durchschnittseinkommen-zwischen-72369-und-12155-euro-565700.html>.

<sup>25</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,687760,00.html>

<sup>26</sup> Zum Beispiel durch Senkung der Kosten (also auf Kosten von Arbeitnehmern oder Lieferanten) oder durch Erweiterung des Marktanteils (also auf Kosten der Konkurrenz).

<sup>27</sup> So jedenfalls die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS). Bei den vom DIW verwendeten Daten des SOEP liegt dagegen seit 2002 eine "spezielle Hocheinkommensstichprobe vor, die eine nahezu repräsentative Darstellung auch des oberen Einkommensrands" ermögliche. Dass diese Daten sich auch nur annähernd mit den Berechnungen der "Stundenlöhne der reichsten Deutschen" unter <http://www.meudalismus.dr-wo.de/html/stundenloehne.htm> decken, behauptet aber selbst das DIW nicht.

<sup>28</sup> Harald Wozniowski, Die Einkommensentwicklung steht Kopf, <http://www.meudalismus.dr-wo.de/html/einkommen.htm>